

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 10

Artikel: Die Gewerkschaften und der Krieg
Autor: Dürr, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vielleicht sind die Bolschewisten, die bereits ein „Sowjet-system ohne Sowjets“ erfunden haben, berufen, der Welt auch einen „Bonapartismus ohne Bonaparte“ zu schenken!

Troski hat einst, kurz vor der Novemberrevolution 1917 Kerenski den „mathematischen Punkt zur Anwendung des Bonapartismus“ genannt. Wenn dieses Wort damals eher ein geistreiches Witzwort als die Feststellung einer realen Gefahr war, so kann man jetzt mit ungleich größerem Recht darauf hinweisen, daß Troski und die „zur Einschüchterung und zur zweckmäßigen Anwendung der Gewalt“ von ihm geschaffene militärisch-bureaufkratische Maschine nicht nur einen imaginären „mathematischen Punkt“, sondern eine durchaus reale und tragfähige Grundlage zur Aufrichtung eines **b o n a p a r t i s t i s c h e n S y s t e m s** bilden, das die Versklavung der Arbeitermassen und die Aneignung der Früchte der Revolution im Interesse der im Prozesse der Revolution neu entstandenen kapitalistischen Klassen und Gruppen (sowie des mit denselben verbundenen Weltkapitals) im Gefolge haben muß.

Vom sozialen Utopismus zum B o n a p a r t i s m u s , — das ist die geschichtliche Entwicklungstendenz des Bolschewismus in Rußland.

In dem Maße, wie diese Tendenz zur Wirklichkeit werden wird, wird sich auch die Taktik ändern müssen, die die russische Sozialdemokratie, sowie das internationale sozialistische Proletariat den Bolschewisten gegenüber bisher geführt haben.

Die Gewerkschaften und der Krieg.

Von K a r l D ü r r.

Mehr denn je ist die Parole „Krieg dem Kriege“ Lösungswort des sozialistisch gesinnten Proletariats geworden, denn nichts hat die Unsinnigkeit jedes Krieges drastischer gezeigt als der Krieg selber. Die Begleiterscheinungen der verfloßenen Kriegsperiode haben aber auch zu der Erkenntnis geführt, daß die Parole allein nicht genügt. All die Willenskundgebungen der internationalen sozialistischen Kongresse vermochten nicht den nationalistischen Taumel zu bannen, dem ja auch die Arbeiterschaft in den Augusttagen des Jahres 1914 verfiel. Nicht einmal in Italien, wo der Krieg gegen den Krieg am konsequentesten geführt wurde, gelang es, ihn zu verhindern.

Die Machtmittel des Staates, die Propaganda der Kriegsgurgeln erwiesen sich als viel stärker. Durch sie wurden die

kriegsgegnerischen Strömungen brutal unterdrückt, die Massen mit nationalistischen Phrasen irreführt. Die Kriegspropaganda war überall durch die Wirksamkeit von Schule und Kirche geschickt vorbereitet. In Wort und Schrift konnte daher den betörten Völkern das Kriegsziel eine Aera des ewigen Friedens, des Rechts und der Freiheit plausibel gemacht werden. Auch der arme Teufel stellte sich in Reih und Glied, sein Leben zu opfern für diese hehren Menschheitsziele.

Zu spät folgte ein jähes Erwachen. Zu spät kamen die Völker hinter den Betrug, daß die herrschende Klasse weder einen ewigen Frieden, noch Recht und Freiheit oder gar das Selbstbestimmungsrecht der Völker anstrebte, sondern eine Neuaufteilung der Welt auf den Grundsätzen der Gewalt und der Unterdrückung. Das Kriegsende brachte „Friedensverträge“, die nichts anderes als den latenten Kriegszustand bedeuten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft mußte es daher sein, den Krieg gegen den Krieg neu, auf besserer Grundlage zu organisieren. Da leider die politische Internationale in sich gespalten ist, fiel diese Aufgabe der gewerkschaftlichen Internationale zu. Daß das Problem von ihr allein nicht gelöst werden kann, werden die folgenden Ausführungen ergeben.

Den ersten Anlauf nahm der Internationale Gewerkschaftsbund im Jahre 1920 durch eine Proklamation an die Arbeiter der Welt, die Zufuhr von Kriegsmaterial nach Polen im Kriege Rußlands gegen Polen zu verhindern. Ohne zu behaupten, daß diese Aktion angesichts der mangelhaften Organisation zu einem vollen Erfolg führte, darf ihre Wirkung keineswegs unterschätzt werden. Sie übte auf die Kriegführenden einen fühlbaren Druck aus und stärkte das Selbstbewußtsein der Arbeiter.

In sehr intensiver Weise befaßten sich die internationalen Tagungen der Bergleute, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter mit dem Kriegsproblem. Auf allen diesen Tagungen wurde in entschiedener Weise gegen den Krieg Stellung genommen und einstimmige Beschlüsse gefaßt, jeden Krieg mit der Erklärung des Generalstreiks beantworten zu wollen.

Eine Resolution gegen den Krieg kam auch auf dem Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes im November 1920 in London zur Annahme. Damit konnte es aber sein Bewenden nicht haben.

Im Herbst 1921 fand in Amsterdam eine internationale Konferenz der Bergarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter statt, die Richtlinien über gemeinsames Vorgehen im Kriegsfall beriet, die aber auch zu der Frage der allgemeinen Abrüstung Stellung nahm. Auch diese Konferenz gelangte zur einstimmigen Parole „Krieg dem Kriege“, und es war nun die

Aufgabe des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom, die Beschlüsse dieser Konferenz zu den seinigen zu machen. Der Kongreß befaßte sich sehr ernsthaft mit der Frage. Aus den Beratungen resultierte die folgende Resolution:

„Der Kongreß bekräftigt noch einmal die Resolution über Krieg und Militarismus, die von dem am 22. bis 27. November 1920 in London abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß sowie von der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam stattgefundenen internationalen Konferenz des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter angenommen wurde.

Der Internationale Kongreß erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Aufgabe haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und, falls nötig, den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamation und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Der Kongreß erklärt, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie die mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund verbundenen internationalen Berufssekretariate und ihre respektiven Organisationen die Pflicht haben, durch eine unter den Arbeitern der resp. Länder in Wort und Schrift ausgeübte Propaganda eine kräftige und unerbittliche Kampagne gegen den Militarismus zu führen und die Arbeiter für den Kampf gegen den Militarismus so vorzubereiten, daß sie willig und bereit sind, jedem Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse Folge zu leisten und wenn nötig einem Aufrufe des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Fall einer tatsächlichen Kriegsdrohung durch sofortige Arbeitsniederlegung nachzukommen.

Der Kongreß beschließt, daß das provisorische Komitee, das von der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam abgehaltenen Konferenz ernannt wurde und sich aus dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter zusammensetzt, ein permanentes Komitee werden soll.

Der Kongreß beauftragt dieses Komitee, die Propaganda gegen Krieg und Militarismus, welche von den verschiedenen Landeszentralen sowie den Internationalen Berufssekretariaten und ihren angeschlossenen Organisationen geführt werden soll, aufrechtzuerhalten, zu leiten und zu unterstützen und alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um die von diesem Kongreß beschlossene Aktion und Propaganda gegen Krieg und Militarismus wirksam zu gestalten.“

Die Annahme dieser Resolution bildet nun nicht den Abschluß, sondern den Anfang der Aktion gegen den Krieg. In ihr ist die Stellungnahme des I. G. B. zum Krieg und die Richtlinien für das weitere Verhalten der internationalen Arbeiterwelt niedergelgt. Sie gibt den Weg und die Mittel an für die Aktion: „Krieg dem Kriege“.

Zunächst wird es die Aufgabe der eingesetzten Kommission sein, in allen Ländern eine planmäßige Propaganda gegen den Krieg zur Entfaltung zu bringen. Die Kommission wird diese Propaganda nicht allein, sondern nur in Verbindung mit den Arbeiterparteien durchzuführen vermögen. Die Propaganda wird sich nicht auf gelegentliche Zeitungsartikel beschränken dürfen, sie wird das Problem an der Wurzel fassen müssen. Alle Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben der Völker werden nach ihren Ursachen und nach ihrer Wirkung untersucht werden müssen. Gegen alle imperialistischen Tendenzen muß ein zielbewußter und unerbittlicher Kampf geführt werden. Dieser Kampf ist wirkungsvoll zu ergänzen durch die parlamentarische Vertretung der Arbeiter. „Krieg dem Kriege“ muß das Lösungswort sein auch in den Ratsfälen. Mehr als bisher muß konsequent gegen den Militarismus im eigenen Land angekämpft werden. „Krieg dem Kriege“ bedeutet nicht nur Ablehnung jeder Gewaltpolitik, sondern Abrüstung. Je mehr sich die Völker dieses Abrüstungsprinzip zu eigen machen, desto geringer wird die Kriegsgefahr. Der „Krieg gegen den Krieg“ darf aber nicht nur die Parole der Arbeiter sein, er muß zur Parole der heranwachsenden Jugend werden. Die herkömmliche Geschichtsklitterei in den Schulen muß unbarmherzig an den Dranger gestellt werden. An Stelle der bluttriefenden, die niedrigsten Leidenschaften aufpeitschenden Kriegsgeschichte muß der Lehrplan die aufbauende Solidarität der Menschheit setzen, die ihren Ausdruck findet in den großartigen Werken der Kultur. Die Schule muß ihre vornehmste Erziehungsaufgabe darin erblicken, das kulturverneinende Prinzip des Krieges aufzuzeigen und die heranwachsende Generation für die Werke des Friedens und der Freiheit zu begeistern. Hand in Hand damit muß auch die Erziehung im Elternhause schon im Spielzeug den Geist des Militarismus bekämpfen.

Wenn wir so in kurzen Zügen den geistigen Kampf gegen den Militarismus angedeutet haben, der ein Kampf der Gesamtarbeiter sein muß, getragen von den proletarischen Parteien, so bleibt den Gewerkschaften die organisatorische Vorbereitung des aktiven Kampfes. Die Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen.

Erinnern wir uns der Parole zu einem eintägigen Generalstreik, die im Jahre 1919 von Frankreich und Italien ausging. Sie blieb unbeachtet, weil die organisatorischen Vorbedingungen und das gegenseitige Vertrauen fehlten. Das letztere ist heute bis zu einem gewissen Grade vorhanden. Ob es im gegebenen Moment zum gewünschten Erfolg führt, wird davon abhängen, in welcher Weise die Propaganda es versteht, auch mit den Im-

ponderabilien zu rechnen, die unleugbar vorhanden sind. Das Vertrauen in die Aktion wird gestärkt durch eine gute und planmäßige Berichterstattung, die der Arbeiterschaft des einen Landes die Gewißheit gibt, daß sie gegebenen Falles im Kampf nicht isoliert ist. Es darf den Regierungen nicht mehr gelingen, durch Verleumdungen und Verdrehungen den wüfsten Chauvinismus zu entfesseln.

Die organisatorischen Vorbereitungen liegen in den Händen der eingesetzten Kommission. Dadurch, daß in dieser Kommission Vertreter der verschiedenen Länder sitzen, die zudem mitten in der Bewegung tätig sind, wird ihre Einsicht in die Verhältnisse geschärft. Sie werden die Fühlung mit den Gesamtorganisationen lebendig halten müssen. Kein Beschluß darf ohne die volle Ueberzeugung gefaßt werden, daß die Massen dahinter stehen.

Für die Abrüstung werden geeignete grundsätzliche Weisungen erlassen werden müssen, die allen Organisationen zur Richtschnur ihres Handelns dienen müssen. Es wird insbesondere von Fall zu Fall zu prüfen sein, welche Stellung gegenüber neuen Erfindungen im Rüstungswesen einzunehmen ist. Es muß versucht werden, über die Grundsätze der Mobilmachung in den verschiedenen Ländern orientiert zu werden, um die Gegenmaßnahmen danach zu bestimmen. Die Kommission wird auch bestimmte Richtlinien ins Auge fassen müssen über die verschiedenen Methoden der Kriegsabwehr. Es ist denkbar, daß im einen Fall, insbesondere, wenn es sich um einen lokalisierten Krieg handelt, die Anwendung des Boykotts genügt. In diesem Fall muß von Fall zu Fall angeordnet werden, auf welche Waren sich der Boykott bezieht, ob nur der Transport von Kriegsmaterial im engsten Sinne unterbunden werden soll, oder ob er auszudehnen ist auf Sanitätsmaterial, Lebens- und Futtermittel, Transportmittel, Maschinen usw. Es muß vereinbart werden, ob der Boykott sich nur gegen den „Angreifer“ oder auch gegen den „Angegriffenen“ zu richten hat. Die Entscheidung dieser Frage ist sehr peinlich, da die Schuld bei Ausbruch eines Krieges meist nicht festzustellen ist. Jedenfalls ist die Frage zu prüfen, ob nicht im Interesse der einheitlichen Durchführung und aus grundsätzlichen Erwägungen alle Kriegführenden gleich zu behandeln sind. •

Schwerwiegender als die Aktion gegen den Krieg durch die Transportsperrre ist die Aktion durch den Generalstreik. Hier stellen sich eine Reihe von Fragen: Welche Länder haben sich am Streik zu beteiligen? Die Angriffsländer allein, oder auch die Länder der Angegriffenen? Sind auch die Arbeiter der „neutralen“ Länder zum Streik verpflichtet? Wann, d. h. unter welchen Voraussetzungen muß der Streik einsetzen? Wer bestimmt seine Auslösung. In welchem Umfange ist die Arbeit niederzulegen?

Bleibt der Streit beschränkt auf den Bergbau, das Transportgewerbe inklusive der Eisenbahnen und auf die Großmetallindustrie, oder ist er von der Gesamtarbeiterschaft in vollem Umfange aufzunehmen? Inwieweit sind Ausnahmen vom Streit zulässig in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben? (Produktion und Vertrieb von Lebensmitteln, Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Betrieb der Krankenhäuser, Beerdigungsanstalten, der hygienischen und sanitären Einrichtungen.)

Diese Frage zeigen die Schwere des Problems. Es wartet der Kommission eine gewaltige Aufgabe, die gelöst werden muß, wenn die oben abgedruckte Resolution mehr sein soll, als ein papierener Beschluß.

Der Widerstände werden sich bei der Prüfung der Durchführung noch mehr zeigen. Wir erinnern nur daran, daß das Proletariat im näheren und fernerem Orient bisher noch keine nennenswerten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufweist, daß auch in Westeuropa die Organisationen des Proletariats nicht überall die genügende Tragfähigkeit zeigen, um voll in Rechnung gestellt werden zu können.

Setzt erst die Propaganda „Krieg dem Kriege“ mit Wucht ein, so wird auch der Gegner seine Maßnahmen treffen. Er wird durch Ausnahmegesetze diese Propaganda zu ersticken suchen und die Propagandisten unschädlich machen. Alles das muß in Rechnung gestellt werden, darf uns aber weder von dem Beschluß abbringen, noch entmutigen, denn alle Opfer, die wir im schlimmsten Fall zu bringen haben, sind nichts gegen die Millionen Leichen und Krüppel, gegen die rauchenden Trümmerhaufen der zerstörten Städte und Dörfer, gegen die Vergewaltigung und Unterdrückung ganzer Völker, gegen die Hungerkatastrophen und die Zerrüttung der Weltwirtschaft, die die Folgen sind des Verbrechens von 1914.

Möge das Bureau des I. G. B. und die ihm beigegebene Kommission die schwere Aufgabe, die ihm überbunden ist, mit Erfolg lösen und das Proletariat mit elementarer Macht einig und geschlossen seiner Parole folgen, wenn es gilt, ein weiteres Menschheitsverbrechen zu verhindern.

Freigeldsozialismus?

Von E. J. Walter.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Freigeldler ihre utopistischen Ideen verfechten, ist bewunderungswürdig. Da dürfte sich eine nochmalige kurze Herausarbeitung der Gegensätze von Marxis-